

Beschlüsse der Bürgergemeindeversammlung vom 1. Juni 2026

Die Bürgergemeindeversammlung vom 1. Juni 2026 hat folgende Beschlüsse gefasst:

1. Genehmigung des Protokolls der Bürgergemeindeversammlung vom Dienstag, 9. Dezember 2025

Das Protokoll wird einstimmig genehmigt.

2. Jahresrechnung der Bürgergemeinde Oberägeri für das Jahr 2025

Bericht und Antrag der Rechnungsprüfungskommission

Anträge des Bürgerrats zur Jahresrechnung 2025

Die Anträge zur Jahresrechnung 2025 werden einstimmig genehmigt.

3. Mitteilung der erfolgten Einbürgerungen von Schweizer Bürgerinnen und Bürgern durch den Bürgerrat, gemäss § 17bis des kantonalen Bürgerrechtsgesetzes

Die Einbürgerungen werden zur Kenntnis genommen.

4. Mitteilung der erfolgten Einbürgerungen von Ausländerinnen und Ausländern durch den Bürgerrat, gemäss § 17bis des kantonalen Bürgerrechtsgesetzes

Die Einbürgerungen werden zur Kenntnis genommen.

5. Begründung eines Baurechts (mit Erwerb eines Gebäudes)

Anträge des Bürgerrats zur Begründung eines Baurechts (mit Erwerb eines Gebäudes)

Die Anträge des Bürgerrats werden grossmehrheitlich genehmigt.

Rechtsmittelbelehrung

Allgemeine Verwaltungsbeschwerde

Gegen Gemeindeversammlungsbeschlüsse kann gemäss § 17 Abs. 1 des Gemeindegesetzes (GG; BGS 171.1) in Verbindung mit den §§ 39 ff. des Verwaltungsrechtspflegegesetzes (VRG; BGS 162.1) innert 20 Tagen seit der Mitteilung beim Regierungsrat des Kantons Zug, Postfach, 6301 Zug, schriftlich Verwaltungsbeschwerde erhoben werden. Die Frist beginnt mit dem auf die Gemeindeversammlung folgenden Tag zu laufen. Die Beschwerdeschrift muss einen Antrag und eine Begründung enthalten. Der angefochtene Gemeindeversammlungsbeschluss ist genau zu bezeichnen. Die Beweismittel sind zu benennen und soweit möglich beizulegen.

Stimmrechtsbeschwerde

Gestützt auf § 17bis des Gesetzes über die Organisation und die Verwaltung der Gemeinden (Gemeindegesezt) vom 4. September 1980 (BGS 171.1) in Verbindung mit § 67 des Gesetzes über die Wahlen und Abstimmungen (Wahl- und Abstimmungsgesetz, WAG; BGS 131.1) vom 28. September 2006 kann wegen Verletzung des Stimmrechts und wegen Unregelmässigkeiten bei der Vorbereitung und

Durchführung von Wahlen beim Regierungsrat des Kantons Zug, Postfach, 6301 Zug, Beschwerde geführt werden. Die Beschwerde ist innert zehn Tagen seit der Entdeckung des Beschwerdegrundes, spätestens jedoch am zehnten Tag nach der amtlichen Veröffentlichung der Ergebnisse im Amtsblatt einzureichen (§ 67 Abs. 2 WAG). In der Beschwerdeschrift ist der Sachverhalt kurz darzustellen (§ 68 Abs. 1 WAG). Bei Wahlbeschwerden ist ausserdem glaubhaft zu machen, dass die behaupteten Unregelmässigkeiten nach Art und Umfang geeignet waren, das Wahlergebnis wesentlich zu beeinflussen (§ 68 Abs. 2 WAG). Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung (§ 67 Abs. 3 WAG).

Oberägeri, 2. Juni 2026
Bürgerkanzlei Oberägeri